

Herrn Abteilungsleiter Dr. Martin Kruse
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz
des Landes Brandenburg
Henning-von-Tresckow-Straße 2-13
14467 Potsdam

FREIE BAUERN Deutschland
Lennewitzer Dorfstraße 20
19336 Legde/Quitze OT Lennewitz
Telefon: 038791-80200
Telefax: 038791-80201
kontakt@freiebauern.de
www.freiebauern.de

24. August 2023

**Bauernbund Brandenburg e. V. (Landesgruppe der FREIEN BAUERN):
Stellungnahme zum Konzept für eine Nutztierstrategie**

Sehr geehrter Herr Dr. Kruse,

das Konzept spiegelt das Dilemma des Ministeriums wider. Es wird fachlich korrekt erkannt, dass der dramatische Rückgang der Nutztierhaltung in Brandenburg seit 1990 aus volkswirtschaftlicher Sicht ungesund ist. Landwirtschaft braucht Tierhaltung, um in natürlichen Kreisläufen durch regionale Wertschöpfung hochwertige Lebensmittel zur Versorgung der Bevölkerung zu produzieren. Die aktuelle Infragestellung der Nutztierhaltung in der gesellschaftlichen Debatte verlangt nach einem Leitbild der flächengebundenen Tierhaltung, aus dem vielleicht in einigen Regionen Deutschlands ein zu hoher Tierbesatz folgt, in Brandenburg aber definitiv ein eklatanter Mangel an Nutztieren, der sich negativ auf die Ökologie der Lebensmittelerzeugung und die Ökonomie der ländlichen Räume auswirkt. In einer solchen Situation wirkt es geradezu rührend, die kalkulatorische Selbstversorgung von Berlin und Brandenburg mit tierischen Erzeugnissen bis 2030 zum Ziel zu erheben, und zugleich ziemlich weltfremd, dieses Ziel in demselben Zeitraum zum überwiegenden Teil aus ökologischer Produktion bzw. mit besonders kostspieligen Haltungssystemen erreichen zu wollen. Beide Zielvorgaben zeigen, dass es in dem Konzept um eine Strategie geht, deren Scheitern bereits eingeplant ist.

Jedenfalls halten wir es für wenig hilfreich, sich den Mangel an Nutztieren schönzureden, indem man den kalkulatorischen Bedarf an tierischen Erzeugnissen mittels ideologisch definierter Diäten so weit herunterschraubt, dass er durch den derzeitigen Nutztierbestand gedeckt wird. An die Deutsche Gesellschaft für Ernährung sollte in diesem Zusammenhang die Frage erlaubt sein, worin sich die Erwachsenen von 1970 und 2020 denn so grundlegend unterscheiden, dass sie grundlegend unterschiedlicher Empfehlungen für eine vollwertige Ernährung bedürfen. Außerdem scheint uns der von vermeintlichen

Experten errechnete Bedarf weitaus weniger für eine Strategieentwicklung geeignet zu sein als die von mündigen Verbrauchern am Markt artikulierte Nachfrage. Hier mag man zwar den sinkenden Trend beim Verzehr tierischer Erzeugnisse entgegenhalten, allerdings hat der Trend die lästige Angewohnheit, nicht immer in dieselbe Richtung und schon gar nicht immer linear zu verlaufen. Dasselbe gilt für den Ausbau der ökologischen Tierhaltung und der als besonders tiergerecht geltenden Haltungssysteme. Wie man den Anteil der ökologischen Tierhaltung etwa bei Schwein und Geflügel innerhalb von sieben Jahren von derzeit unter einem Prozent auf über 30 Prozent steigern will, ist uns ein Rätsel. Der Rückgang der Nutztierhaltung in Brandenburg hat seine Ursache ja nicht in zu geringer staatlicher Einflussnahme, sondern eher in zuviel staatlicher Gängelung, natürlich aber auch in dem schwierigem Marktumfeld und der vergleichsweise komfortablen Flächenausstattung brandenburgischer Betriebe, womit sich der Verlust an Wertschöpfungstiefe leichter kompensieren lässt. Eine konstruktive Nutztierstrategie für Brandenburg müsste Landwirte überzeugen, selbst unternehmerisch aktiv zu werden, und dafür sollte das Konzept zunächst entschlackt werden von allen planwirtschaftlichen Zahlenspielchen ohne Bezug zur Realität.

Aus unserer Sicht enthält das Konzept zwei wesentliche richtige Gedanken:

- Erstens den Anspruch der kalkulatorischen Selbstversorgung von Berlin und Brandenburg aus einer nachhaltigen Landwirtschaft mit flächengebundener Tierhaltung – daraus folgend jedoch keine Kleinrechnung des Bedarfs, sondern ein angepasster Ausbau der Tierbestände. Oberste Priorität sollte der Erhalt der vorhandenen Tierbestände haben, hier ist jede Regulierung zu unterlassen. Um- und Ausbauvorhaben bieten die Chance, neue Haltungssysteme in die Praxis umzusetzen. Alle im Konzept genannten Maßnahmen auf Landesebene hinsichtlich Forschung, Beratung, Aus- und Weiterbildung, Förderung von Verarbeitungs- und Vermarktungskapazitäten und positive baurechtliche Begleitung halten wir für zielführend und umsetzbar bei gutem Willen aller Beteiligten.
- Zweitens den Anspruch einer hohen Akzeptanz in der Landbevölkerung – dieser Aspekt wird ganz zum Schluss genannt und kommt aus unserer Sicht in dem Konzept zu kurz. Das kontraproduktive „Volksbegehren gegen Massentierhaltung“ ist maßgeblich verursacht worden durch Planungen für überdimensionierte Tierhaltungsanlagen, wo die Bevölkerung eben nicht mitgenommen wurde. Alle Um- und Ausbauvorhaben sollten daher in bäuerlichen Größenordnungen erfolgen, d. h. die angestrebten Tierbestände an einem Standort sollten die Grenzen der verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung nicht überschreiten.

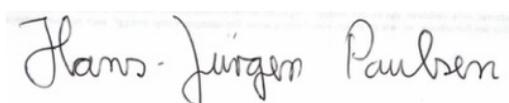
Das Konzept verweist zu Recht darauf, dass staatliche Einflussnahme auf die Nutztierhaltung und ihr Marktumfeld überwiegend in der Verantwortung der EU- und Bundespolitik liegt. Das darf angesichts der unbefriedigenden Situation in Brandenburg jedoch kein Grund sein, entscheidende strategische Aspekte auszublenden. Dass die Mitwirkungsmöglichkeiten über Agrarministerkonferenz und Bundesrat als „eher schwach“ einzuschätzen sind, können wir nicht nachvollziehen. Gerade Brandenburg mit seinem Mangel an Nutztieren und den bereits eingetretenen ökologischen und ökonomischen Konsequenzen könnte aus leidvoller Erfahrung besonders nachdrücklich und glaubwürdig für eine Stärkung der Nutztierhaltung in Deutschland eintreten. Die FREIEN BAUERN haben hierzu umfangreiche konkrete Vorschläge erarbeitet, die wir der Landesregierung gern zuarbeiten. Wesentliche Handlungsfelder stichpunktartig:

- Keine Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten und Chile
- Aufkündigung der bereits ratifizierten Freihandelsabkommen mit Kanada und Neuseeland
- Reduzierung der Importkontingente für Soja in zehn Jahren auf Null (dadurch Stärkung des heimischen Feldfutterbaus, siehe unsere Stellungnahme zur Pflanzenschutzmittel-Reduktionsstrategie)

- Entflechtung der oligopolen Strukturen in Lebensmitteleinzelhandel, Molkereien und Schlachthöfen auf der Grundlage der von der Bundesregierung geplanten Kartellrechtsnovelle (dafür möglichst zeitnah aktuelle Sektoruntersuchungen des Bundeskartellamts)
- Verordnungen über den verpflichtenden Abschluss schuldrechtlicher Verträge mit Vereinbarung von Menge und Preis für Milch und Schlachtvieh auf der Grundlage des Agrarmarktstrukturgesetzes
- Verpflichtende Herkunftskennzeichnung für die mengenmäßig überwiegenden bzw. wertgebenden Bestandteile auf allen Lebensmitteln in der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung
- Rücknahme aller Änderungen der Nutztierhaltungsverordnung seit 2017, Verzicht auf das von der Bundesregierung geplante Verbot der Anbindehaltung von Rindern
- Rücknahme aller Änderungen der Düngeverordnung seit 2017 (fachlich unsinnige Benachteiligung der organischen Düngung bei Lagerkapazitäten, Ausbringungsfristen usw.)
- Tierseuchenbekämpfung mit Augenmaß, Aufgabe der bevormundenden und praxisfernen Auflagen zur Bekämpfung von BHV1/BVD, Schweinepest und Vogelgrippe
- Verbot von Genmilch (keine Lockerung des Gentechnikrechts, weder im Bioreaktor noch draußen)
- Verbot von Laborfleisch (analog zur Regelung in Italien)
- Begrenzung des Stallbauprivilegs auf Bauernhöfe.

Entsprechende, möglicherweise sogar erfolgreiche Initiativen der Landesregierung über Agrarministerkonferenz und Bundesrat würden den Nutztierhaltern den Eindruck vermitteln, dass ihre Arbeit und ihre Erzeugnisse gewollt sind und geschätzt werden. Der gegenwärtige politische Mainstream vermittelt im Gegenteil, dass sie verantwortlich seien für Hunger, Klimastress und Tierleid und die Nutztierhaltung in Deutschland mindestens halbiert werden solle. Wenn im Ministerium die Erkenntnis besteht, dass diese in Brandenburg bereits vollzogene Halbierung aus volkswirtschaftlicher Sicht ungesund ist – warum lässt die Landesregierung den Rest Deutschlands nicht an dieser Erkenntnis teilhaben und stellt sich offensiv an die Seite der bedrängten Nutztierhalter? Am Schluss der Konzeptes ist von einem ökonomisch und regulativ positiven Umfeld die Rede. Hier könnte man noch eine positive Meinungsbildung ergänzen, die einfach zu erreichen wäre, etwa durch ein klärendes Wort des Ministers. Ohne öffentliche Anerkennung und politische Verlässlichkeit wird es nicht die gewünschten Investitionen in den Um- und Ausbau der Nutztierhaltung in Brandenburg geben.

Mit freundlichen Grüßen



Hans-Jürgen Paulsen
Vorstand Bauernbund Brandenburg
(Landesgruppe der FREIEN BAUERN)